



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Mehr als eine Viertelmillion Österreicher unterschrieben beim Volksbegehren für den AUSTRISS aus der EU! Wann kommt die Volksabstimmung?

261.056 persönlich vor den Gemeindebehörden geleistete Unterschriften für den Austritt aus der EU sind eine starke Willensbekundung der Bürgerbewegung für die Wiedererlangung der Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs und eine klare Absage an die Fortsetzung der EU-Mitgliedschaft mit den von dieser verursachten volkswirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Verschlechterungen. Das **Ergebnis** des in fünfjähriger Arbeit von Bürgerinitiativen so schwer erkämpften, amtlichen Volksbegehrens ist ein „für Freund und Feind“ **ein-drucksvolles**, das eine Flut von (größtenteils) positiven Reaktionen aus dem In- und Ausland ausgelöst hat. Zahlreiche Medienanfragen für Interviews und schriftliche Informationsbeiträge waren (und sind noch immer) zu bewältigen - von Deutschland, der Schweiz, Italien, Frankreich, bis Rußland, Serbien und den arabischen Raum. Auch in einer irischen Zeitung und in ungarischen Medien wurde über das Volksbegehren berichtet. Und viele viele Gratulationen von heimischen Mitbürgern! Wir spüren eine große **Aufbruchstimmung** in der Bevölkerung: es ist nun Vielen klar, daß die EU-Gegner eine ernstzunehmende Größenordnung darstellen, die nicht nur im Wirtshaus nörgeln, sondern für ihre Überzeugung auch in Wort und Tat eintreten.

Das Volksbegehren als offizielle Willenserklärung geht in jedem Fall in die österreichische Geschichte ein: Man wird nie mehr sagen können, daß sich die Österreicher gegen das



Unrechts-Regime in „Brüssel“ nicht gewährt hätten! Und damit haben alle Unterscriber jetzt schon die „Ehre der Nation“ gerettet. Und es wären noch viele mehr geworden, hätten sie überhaupt erfahren, daß es dieses „revolutionäre“ Volksbegehren gibt und wann und wo es zu unterschreiben ist.

Erfolg trotz weitgehenden Medienboykotts

Es ist der Phalanx der zu einem hohen Prozentsatz Konzern-gesteuerten Massenmedien (siehe tägliches Inseraten- bzw. Werbespot-Volumen!) nicht gelungen, zu verhindern, daß ein Volksbegehren für den Austritt aus der EU die für die parlamentarische Be-

handlung nötigen 100.000 Unterschriften nicht nur erreicht, sondern um mehr als das zweieinhalbfache davon überschreitet. Sehr wohl verhindern konnten sie aber - **allen voran der ORF**, daß „ganz Österreich“ vom Volksbegehren erfahren hätte können, geschweige denn irgendwelche näheren Einzelheiten dazu. Im ORF-Fernsehen, das wir alle durch unsere Zwangsgebühren finanzieren, wurden während der gesamten fünf Monate von der offiziellen Genehmigung des Volksbegehrens durch das Innenministerium bis zur tatsächlichen EINTRAGUNGS-WOCHE 24. Juni bis 1. Juli 2015 ein einziges Mal genau **1,3 MINUTEN** (nicht Stunden oder gar Tage) über das Volksbegehren „informiert“ - trotz in diesen Monaten insgesamt 12 vom überparteilichen Personenkomitee organisierten und durchgeführten Pressekonferenzen mit fundierten Argumenten zum EU-Austritt, zu denen der ORF - wie alle anderen Medien auch - natürlich eingeladen war, meist nicht nur durch Aussendungen, sondern auch durch persönliche, telefonische Einladungen. **Der ORF hat sich damit endgültig von den österreichi-**

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer

schon Bürgern verabschiedet

und diese Lehre aus dem EU-Austritts-Volksbegehren sollte kein ehrlicher Österreicher jemals vergessen!

Beim sogenannten „Bildungs-Volksbegehren“ des Großindustriellen und Multimillionärs **Hannes Androsch** hingegen gab es durch Monate hindurch großflächige und ausführliche Informations- und Diskussionsbeiträge in allen Printmedien und im ORF.

Die Schätzung, daß daher mindestens ein Drittel, wenn nicht die Hälfte aller Österreicher von diesem Volksbegehren **gar nichts gewußt** hat, ist sicher realistisch und unterstreicht die wahre Bedeutung des trotzdem starken Ergebnisses, das bei „normaler“ Berichterstattung in den Massenmedien wohl noch um mindestens **das Doppelte bis Dreifache** höher gewesen wäre. Aber die genannten Umstände weiß die „politische Klasse“ natürlich genau! Die tatsächliche Unterschriftenzahl entspricht ungefähr 10 Mandaten im Parlament. Sie kam aber nicht durch - risikoloses - anonymes Ankreuzeln in der Wahlzelle zustande, sondern durch offenes Unterschreiben vor den Gemeindebehörden. Und das ist eine ganz andere Qualität!

Außerdem werden die offiziell erhobenen Stimmenprozente bei Volksbegehren von der Gesamtzahl **aller Wahlberechtigten** heruntergerechnet, während bei Partei-Wahlen diese immer nur von der Gesamtzahl der **gültigen Stimmen** heruntergerechnet werden. Und bei einer in den letzten Jahren durchschnittlichen Wahlbeteiligung bei Bundeswahlen von etwa 70 % bedeutet das, daß die Prozentsätze der Parteiergebnisse um rund ein Drittel weniger „wert“ sind als die von Volksbegehren.

Ein großes DANKE an alle, die das starke Ergebnis tatsächlich herbeigeführt haben!

In der „heißen Phase“ ab der Genehmigung am 7. Jänner 2015 meldeten sich **viele hundert bis an die tausend Bürger** aus allen Berufs- und Altersschichten, die unsere über die WEGWARTE, Internet und Facebook angebotenen Informations- und Verbreitungsmaterialien (Kurzinfoblatt, Aufkleber, Wegwarten, Argumente-Broschüre von Prof. Schachtschneider, Plakate usw.) in für uns nicht vorhersehbar großem Ausmaß persönlich reihum verteilen, verschickten, über E-mail-Vertei-

EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN

Bundesländer und Gesamt-Österreich	Stimm-berechtigte	gültige Eintragungen inkl. Unterstütz. Erkl.	
		Unterstütz. Erkl.	Stimm-beteiligung inkl. Unterstütz. Erkl.
BURGENLAND	231.263	10.187	4,40%
KÄRNTEN	437.699	21.245	4,85%
NIEDERÖSTERREICH	1.277.015	66.191	5,18%
OBERÖSTERREICH	1.091.565	51.255	4,70%
SALZBURG	389.823	18.688	4,79%
STEIERMARK	963.801	34.146	3,54%
TIROL	534.622	16.179	3,03%
VORARLBERG	266.607	4.444	1,67%
WIEN	1.142.742	38.721	3,39%
ÖSTERREICH	6.335.137	261.056	4,12%

Quelle: Innenministerium

ler, über Facebook etc. ins Volk hin-eintrugen.

Für unser kleines Team war es eine Riesen-Herausforderung, diesen enormen Versand- und Anlieferungsansturm überhaupt arbeitsmäßig zu schaffen. Einige haben dafür durch Monate hindurch „alles liegen und stehen“ gelassen und zahlreiche Andere halfen zumindest eine Zeit lang dabei mit. Der am besten angenommene Teil unserer Info-Materialien war das vom Personenkomitee gemeinsam verfaßte Kurz-Infoblatt, von dem insgesamt rund 900.000 (!) Stück von Interessenten zum Verteilen angefordert wurden.

Die Druck- und Versandkosten einer solchen Menge von Info-Blättern, von 80.000 Aufklebern, von Plakaten, Broschüren usw. überstiegen bei weitem das für Bürgerinitiativen normalerweise einigermaßen „Machbare“. Wir danken allen, die dafür größere oder kleinere Beiträge beigesteuert haben, aber wir konnten einige große noch offene Druckerei-Rechnungen noch nicht bezahlen. Bitte deshalb um Ihre spezielle Unterstützung dafür! Einige von uns haben seit Jahresanfang bis heute buchstäblich „rund um die Uhr“ am Volksbegehren gearbeitet; ich selbst z.B. hatte in diesem halben Jahr keine freie Stunde, geschweige denn einen freien Tag... Sonst wäre das alles nicht möglich geworden!

Ausnahme-Zeitung „Die ganze Woche“

Wir danken dieser Redaktion für den groß aufgemachten Artikel zum Volksbegehren mit dem Titel „Die

Schweiz ist unser Vorbild“, den sie auch mittels Werbeeinschaltungen im ORF-Hörfunk einen ganzen Tag lang auf eigene Kosten bewarb. Wir empfehlen allen Lesern diese von Anfang an konsequent EU-kritische Zeitung besonders auch wegen der immer fundierten „Umweltkommentare“ von Prof. Knoflacher.

Das ganzseitige Inserat in der „Kronen-Zeitung“

Es war ein Wunder, daß dies finanziell gelang; wir danken den 625 Wegwarte-Lesern, die dies mit ihren, z.T. großen Kostenbeiträgen ermöglicht haben. Aber die Kosten von fast 50.000,- € dafür, von denen wir einen Teil privat vorfinanzieren mußten, sind bei weitem noch nicht abgedeckt. Wer kann, möge uns dabei mit einer größeren Spende unter der Rubrik „Kostenbeitrag EU-Austritts-Volksbegehren“ am beiliegenden Zahlschein helfen. DANKE im voraus! Die „Krone“ erreicht mit ihrer Sonntagsausgabe in der bereits (Auslands-)Urlaubszeit Ende Juni (das mehrfarbige Inserat wurde am 21. Juni, drei Tage vor Beginn der Eintragungswoche abgedruckt) sicher beträchtlich über zwei Millionen Österreicher. Damit konnte die Reichweite der Verbreitungsarbeit aller Aktivisten vervielfacht werden.

Danke auch den vielen Leserbriefschreibern! Auch das war ein wichtiger Baustein und sollte es weiterhin sein.

Alternativ-Medien

Diese wurden aus eigenem Antrieb tätig (was die „großen“ Medien auch hätten tun können) und verbreiteten in deren gedruckten Zeitungen und

vorwiegend im Internet gesendeten, verfilmten Interviews (mit relativ hohen Zugriffen) viel unzensurierte Information über das Volksbegehren, die auch heute noch von allen Interessierten eingesehen werden können unter querdenken.tv, roban.tv, klage-mauer.tv u.a.

Ergebnisse der Gemeinden

Diese wurden erst bei der Sitzung der Bundeswahlbehörde am 22. Juli, bei der die Bevollmächtigten anwesend waren, bekannt gegeben und können auf der Homepage des Innenministeriums eingesehen werden unter dem Link:

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksbegehren/vb_xx_periode/eu_austritt/vbeuaus_gemeindeerg.aspx

An den Ergebnissen sieht man deutlich, wo aktive Verbreitungsarbeit von engagierten Bürgern geleistet wurde, mit Prozentergebnissen von teilweise über 10 bis 15%.

Zum Fahrplan im Parlament

Die Arbeit für die Volksabstimmung beginnt jetzt erst so richtig und ist noch ein weiter Weg!

Für die offizielle Behandlung des Volksbegehrens gelten dabei folgende **Fristenläufe**: Ende August wird das Volksbegehren vom Innenministerium dem Nationalratspräsidium zugeleitet, das es an einen entspr. Ausschuß verweisen wird. Die Beratungen in diesem Ausschuß inkl. einer **Expertenanhörung**, zu der auch wir Experten beiziehen können, müssen **binnen vier Monaten** nach der Zuleitung des Volksbegehrens an das Parlament abgeschlossen sein. Diese Frist beinhaltet auch eine offizielle Berichterstattung im Plenum des Nationalrats, das natürlich öffentlich zugänglich ist. Wir werden die WEGWARTE-Leser in unserer nächsten Ausgabe über diese Termine im Detail informieren.

Neuer Aufkleber

Dieser Ausgabe liegt ein aktualisierter Aufkleber bei, mit dem alle weiter auf das eigentliche Ziel des Volksbegehrens, die Erreichung einer verbindlichen **Volksabstimmung** über den Austritt aus der EU, aufmerksam machen können. Er kann auf Auto oder Fahrrad, Tasche, oder wo immer plaziert werden, um in den nächsten Monaten während der

parlamentarischen Behandlung des Volksbegehrens und darüberhinaus diese von mehr als einer Viertelmillion geforderte Volksabstimmung **dauerhaft sichtbar** zu machen. Wir bitten alle Empfänger um Refundierung der Produktions- und Versandkosten für diesen Aufkleber (€ 3,50) mittels beiliegendem Zehrschein. Wer mehrere solcher Aufkleber wünscht, bitte um Nachricht. Bei 5 Stück beträgt der Einzelpreis € 2,-, bei 10 Stück € 1,50, bei 20 Stück € 1,- - jeweils plus Porto.

Inge Rauscher,

Bevollmächtigte des EU-Austritts-Volksbegehrens und Obfrau der "Initiative Heimat & Umwelt" (IHU)

Vor den Vorhang: Die Rekordgemeinde beim Volksbegehren!

Was möglich ist, wenn engagierte Bürger in ihrem Umfeld sich wirklich massiv einsetzen, zeigte der Tierarzt und Bürgerlisten-Gemeinderat **Klaus FISCHL** in der südburgenländischen Gemeinde **KÖNIGSDORF**. Dort unterschrieben sage und schreibe **17,8 %** aller Stimmberechtigten für den EU-Austritt!

Nicht nur Königsdorf (wie passend!) wurde zur Rekordgemeinde, sondern der ganze **Bezirk Jennersdorf** wurde mit 7,3 % zum zweitbesten Bezirk von ganz Österreich, nur knapp hinter dem **besten** Bezirk, nämlich **Lilienfeld** mit 7,5 %.



Klaus Fischl

Das Ergebnis im Bezirk Lilienfeld ist sicher auf das langjährige, fundierte Wirken des dort beheimateten Ressourcenökonoms **Prof. Heinrich WOHLMEYER** zurückzuführen, der ja auch Mitglied im Personenkomitee des Volksbegehrens ist.

RUINÖSE FREIHANDELS- ABKOMMEN EU/USA IM EU-PARLAMENT DURCH- GEWUNKEN !

Wie zu erwarten war: Nur wenige Tage **nach** dem Volksbegehren, am 8. Juli 2015, hat das sogenannte EU-Parlament mit ziemlich großer Mehrheit (61,5 Prozent) für die Annahme der **TTIP-, CETA- und TISA-Verträge** der EU mit den USA und Kanada gestimmt. Damit werden in den nächsten Jahren Billigst-Ramsch-Produkte aus den USA und Kanada, die mit weit niedrigeren Sozial- und Umweltstandards hergestellt werden als bei uns, die EU-Märkte überschwemmen und damit die heimische (Noch-)Qualitätsproduktion in der Landwirtschaft, im Gewerbe und auch in der Industrie -soweit überhaupt noch vorhanden - zugrunde richten. Denn Genmanipulation, Hormon- und Chlor"behandlung" sowie Lohndumping müssen bei den Produkten aus den USA und Kanada **nicht gekennzeichnet** werden, da deren weltweiter Handel ja „frei“ bleiben soll!

Wie wir schon während der Volksbegehrens-Kampagne thematisierten: **nur der Austritt aus dieser US-hörigen EU** kann Österreich vor den verheerenden Folgen dieser unseligen „Freihandels“-Verträge bewahren! Immerhin haben die EU-Abgeordneten der FPÖ (geschlossen), der Grünen (geschlossen) und auch der SPÖ (mit einer Enthaltung) im EU-Parlament **gegen** die Annahme dieser Verträge gestimmt. Wenn diese Stimmabgabe mehr war als nur „Ergebniskosmetik“, haben diese Parteien bei der Behandlung des EU-Austritts-Volksbegehrens im österreichischen Parlament im Herbst alle Möglichkeiten, einen gemeinsamen Antrag auf Volksabstimmung über den EU-Austritt zu beschließen! Zusammen haben sie die nötige Mehrheit dafür. ÖVP und NEOS stimmten geschlossen **für** die Annahme dieser für Österreichs Volkswirtschaft ruinösen Verträge....

Die griechischen Schulden aus der Euro-“Rettungspolitik“ müssen nicht zurückgezahlt werden!

Auszug aus dem neuesten Gutachten von Prof. Schachtschneider

Die Finanzierung fremder Staaten verletzt das Vermögen der Bürger und ist staatswidrig. Wer einen Staat finanziert, muß auch dessen Politik bestimmen können. Die Politik eines fremden Staates zu bestimmen, ist eine grobe Verletzung der Souveränität des jeweiligen Staatsvolkes. Das betreibt die Euro-Rettungspolitik. Die Griechen wehren sich dagegen, völlig zu Recht. Die Reformauflagen sind rechts- und sittenwidrig und folglich nichtig. Sie verpflichten die Griechen zu nichts. Die Schulden aus der Rettungspolitik sind „odious“ und müssen daher nicht zurückgezahlt werden.

Das ist die Kurzfassung des neuesten, 10-seitigen Gutachtens von Karl Albrecht Schachtschneider, Univ.Prof. i.R. für öffentliches Recht und Wirtschaftsrecht, mit dem Titel **„Die Staatsschulden Griechenlands“**. Allen, die hinter dem uns ständig von Politik und Medien vorgetäuschten Trugbild die Wahrheit über die tatsächliche Lage Griechenlands und die durchaus gangbaren Auswege daraus wissen wollen, senden wir gerne dieses Gutachten zu. Sie können es auch von unserer Webseite www.eu-austrittsvolksbegehren.at herunterladen. Hier nur ein kurzer Auszug daraus:

.... Die stetige Haushaltshoheit eines Staates und damit das Budgetrecht des Parlaments als Vertretungsorgan der Bürgerschaft gehört zur uneingeschränkten Souveränität und damit zum zwingenden Völkerrecht im Sinne des Art. 53 WVRK. Eine äußere Bindung an Reformvereinbarungen als „strengen Auflagen“ im Rahmen von Kreditverträgen, die haushaltsrelevant sind, ist ein eklatanter Verstoß gegen die politische Freiheit der Bürgerschaften als deren Souveränität. Aber auch darüber hinaus ist die Politik Sache der Bürgerschaft, vertreten durch deren Staatsorgane. Sie darf nicht von äußeren Reformvorgaben gebunden werden, welche durch empfindliche Sanktionen gesichert sind, nämlich die Verweigerung der Auszahlung von Kredittranchen, auf die sich der Staat eingestellt hat. Diese haben den Charakter der **erpresserischen Nötigung**. Das ist unabhängig davon, daß der hilfsbedürftige Staat die Hilfen selbst erbeten und sich auf die Auflagen eingelassen hat. Die Verknüpfung der Finanzhilfen mit den Reformauflagen macht gerade die Sittenwidrigkeit aus, nämlich die erpresserische Nötigung, die Ausnutzung der Notlage, um einen Staat zur Änderung seiner politischen Verfassung zu zwingen. Die Finanzhilfen sind

das anstößige Instrument der **völkerrechtswidrigen Intervention**.

.... Die Nichtigkeit der Auflagen bedeutet nicht, daß Griechenland einen Anspruch auf Finanzhilfen ohne Auflagen hat. Das Land muß ohne die Finanzhilfen auskommen. Das ist auch denkbar einfach. Die Griechen müssen nur die untragbare **Mitgliedschaft im Euroverbund beenden** und eine eigene Währung, die abwerten kann, einführen. Das ermöglicht, jede Schuld zu tilgen, wenn auch mit gegebenenfalls wertlosem Geld ihrer Notenbank. Sie hätten dann, im Zweifel nur vorübergehend, Schwierigkeiten, sich am Finanzmarkt Kredite zu verschaffen. Die braucht ein Volk auch nicht, wenn seine Verhältnisse einigermaßen geordnet sind. Das wäre für die Griechen der Anlaß, wenn nicht der Zwang, die Kleptokratie ihrer korrupten politischen Klasse zu beenden. **Ein Volk muß aus eigener Kraft leben**. Die großen Griechen Platon und Aristoteles haben die **Autarkie** als Voraussetzung der Politeia gelehrt. Noch besser wäre es, wenn die Griechen sich aus der EU lösen, weil sie dann der Zwänge des (EU-)Binnenmarktes ledig sind, der ihnen den Schutz ihrer Wirtschaft unmöglich macht. Nach Rechtsprinzipien müssen die Griechen ohnehin ohne fremde Finanzhilfen auskommen, weil die anderen Staaten zu der staatsrelevanten Finanzhilfe überhaupt nicht berechtigt sind. Griechenland ist jedoch ein geopolitisch und strategisch so wichtiges Land, daß alle Welt bemüht sein wird, Griechenland zu helfen, um dort Einfluß zu gewinnen. Das macht ja auch die EU, die zum militärischen und wirtschaftlichen Großraum der Vereinigten Staaten von Amerika gehört, aus keinem anderen Grunde.

Quelle: www.wissensmanufaktur.net

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die **„Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU)** ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit 25 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

Neueste Broschüre von Klaus Faißner

EU-AUSTRITT: Geht es dann wieder aufwärts?

In dieser 48-seitigen, handlichen Broschüre geht der bekannte **freie** Wirtschafts- und Umweltjournalist Mag. Klaus Faißner dieser Frage anhand von zahlreichen „Zahlen und Fakten zur Wirtschaft“ nach. Dabei untersuchte er im Detail vor allem das „Tot-



schlag-Argument“ der EU-Befürworter, daß „wir“ bei einem EU-Austritt „untergehen“ würden. Und kommt dabei nach gründlichen Recherchen zu folgenden Erkenntnissen:

EU-Austritt stärkt Wohlstand

Studie 1 / Niederlande: Jährlich Tausende Euro pro Haushalt mehr (Seiten 4 bis 7 der Broschüre).

Studie 2 / Österreich: Schilling stärkt Kaufkraft (Seiten 8 bis 10).

Faißner zitiert dabei vor allem den renommierten Rechts- und Wirtschaftsfachmann **Prof. Schacht-schneider**, den wohl besten Kenner der EU-Verträge im deutschen Sprachraum. Aus dessen großformatigem 40-Seiten-Gutachten mit dem Titel „Argumente für den EU-Austritt“ (kann ebenfalls bei uns angefordert werden) greift Faißner die wichtigsten Aussagen zur notwendigen **Währungsumstellung vom Euro zum Schilling** auf, die wie folgt zusammengefaßt werden:

Diese Währungsumstellung wird schnelle und nachhaltige erhebliche Wohlstandsgewinne für die Bevölkerung Österreichs zur Folge haben.

● **Schilling-Aufwertung** schafft attraktive Arbeitsplätze.

● Bei einem Austritt aus Euro und EU müßte Österreich nicht mehr mit Milliarden (Griechenland ist erst der Anfang!) den Euro bzw. die Banken retten.

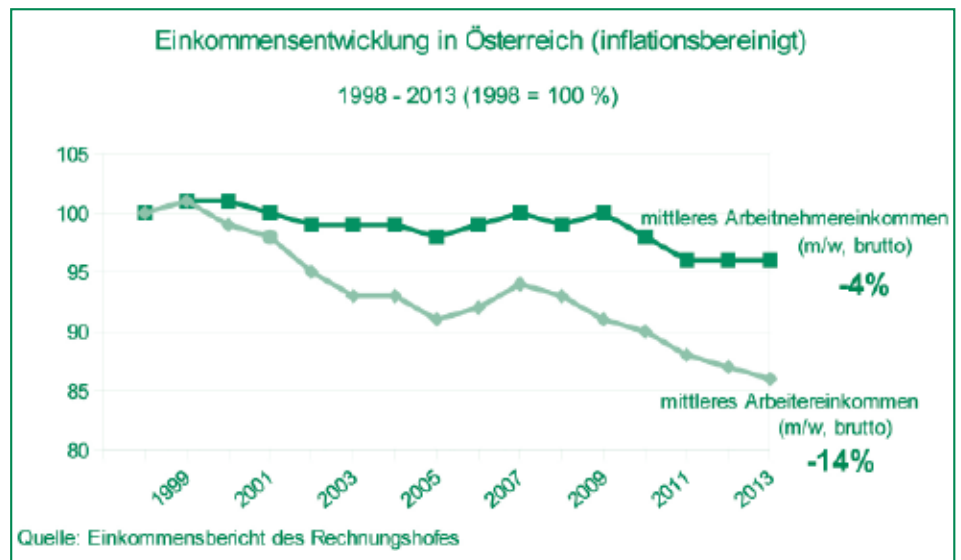
● Bei einem EU-Austritt mit (dann sicherer) Schilling-Aufwertung würden die **Schulden** der Republik Österreich und der Banken Österreichs **wertmäßig vermindert**.

● Der **Kaufkraftverlust** der Einkommen der Bevölkerung Österreichs, der seit der Einführung des (T)Euro vor 13 Jahren auf fast 50 % (!) geschätzt wird, würde **beendet** sein.

Studie 3 / Großbritannien: Wirtschaft bleibt stabil (Seiten 10 bis 11).

Stop der negativen Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer!

Wie der Einkommensbericht des österreichischen Rechnungshofes vom Dezember 2014 belegt, sanken nach dem EU-Beitritt nicht nur die Arbeitnehmereinkommen im Allgemeinen, sondern die Arbeiterlöhne im Speziellen: im Durchschnitt verdienten sie 2013 real brutto um 14 % weniger als 1998. Die 10 % am schlechtesten verdienenden Arbeitnehmer büßten in



Großbritannien behält seine eigene Währung, muß(te) deshalb nicht die Euro-Rettungspolitik mittragen, und litt auch nicht unter dem Anstieg der Preise wegen der Einführung des (T)Euro. Trotzdem zeigte sich ein Zusammenhang zwischen EU-Mitgliedschaft und Wirtschaft, allerdings ein genau umgekehrter als uns immer in Sonntagsreden weis gemacht wird: Die **ausländischen Direktinvestitionen** erhöhten sich sowohl in Großbritannien als auch im Euro-Raum zwischen 2001 und 2011 kaum, während sie sich im EFTA-Raum **verdreifachten** - und zwar bereits **nach** Abzug des norwegischen Erdöls und des Finanzsektors der Schweiz. Und dem funktionierenden Handelsverein der EFTA könnte Österreich (wie auch Großbritannien) nach einem Austritt aus der EU natürlich (wieder) beitreten!

diesem Zeitraum real sogar 35 % ein! (Original-Text der Broschüre, der auch die hier wiedergegebene Grafik entnommen ist.)

Die leicht verständlich geschriebene und übersichtliche Broschüre enthält auch spezielle Kapitel zu den „Freihandelsabkommen“ TTIP, CETA und TiSA zwischen der EU und den USA, die von der ehemaligen US-Außenministerin und nunmehrigen Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton als **„Wirtschafts-NATO“** bezeichnet werden, zur geplanten Abschaffung (!) des Bargeldes und der bereits vollzogenen Abschaffung des Bankgeheimnisses („der Bürger ist nackt“).

Sie können diese Austritts-Broschüre zum Preis von **€ 4,80 plus Porto** gerne bei uns bestellen - brieflich oder telefonisch, per E-mail oder mittels beiliegendem Zahlschein.

MEDIENPROPAGANDA: MIT 800 MILLIONEN IN DIE EU GELOGEN

von Emil Böck

Der Verfasser nachfolgenden Artikels analysiert die „Pressefreiheit“ am Beispiel der EU-Abstimmung in Österreich 1994.

Am 2. Juli 2015 wurde das Endergebnis des **EU-Austrittsvolksbegehrens** bekannt: 261.056 Wahlberechtigte gaben öffentlich ihr Ja für einen EU-Austritt ab. Vor allem die im Vorfeld der Eintragungswoche zu beobachtende Tatsache, daß den Initiatoren wenige Möglichkeiten geboten wurden, die Bürger mittels der Massenmedien zu erreichen, war der Anlaß für diese Zeilen. Der Autor war viele Jahrzehnte lang in einem großen Zeitungsverlag, bildlich gesagt: „im Zentrum des Sturmes“ tätig und weiß, wovon und woüber er folgend schreibt.

Beim „**Bildungsvolksbegehren**“ im November 2011 wurden z.B. von der APA (Austria-Presse-Agentur) **72** Texte veröffentlicht, beim EU-Austrittsvolksbegehren hingegen nur **6** Texte. Bei ersterem wurden im ORF und in den Printmedien viele Interviews und Gesprächsrunden mit den Initiatoren, z.B. Herrn **Dr. Androsch** gebracht, bei letzterem nur zweimal in ZiB2 jeweils 10 Sätze als knappe Nachricht. Das gibt zu denken und der mündige Wähler fragt sich, wie so eine Diskrepanz in einer Demokratie möglich sein kann und darf. Verschweigen, unter den Tisch kehren und mediales Ausgrenzen haben in Österreich eine sehr lange Tradition. Das „richtige politische Verhalten“ der Bürger ist als Erziehungsabsicht der Medienmacher erkennbar.

Vor 21 Jahren, am 12. Juni 1994, fand die denkwürdige „**Volksabstimmung** über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union“ statt. Das Ergebnis ist bekannt: 82,3 Prozent der Stimmberechtigten nahmen teil, 66,6 % sagten Ja, 33,4 % sagten Nein.

Bis zum heutigen Tag ist den Meisten nicht bekannt, **wie** dieses Ergebnis bereits Jahre vorher von den

mächtigen Interessensgruppen mittels einer medialen Generalstrategie auf- und vorbereitet wurde.

Wie in der Diktatur, nur subtiler

Blicken wir zum Vergleich in die Geschichte zurück: völlig zu Recht wird im heutigen Geschichtsunterricht erzählt, daß bei der von Hitler 1938 angeordneten Volksabstimmung über den „Anschluß“ bereits der Stimmzettel suggestiv/manipulativ einen großen Kreis mit ‚ja‘ und einen kleineren Kreis mit ‚nein‘ aufwies und die politisch-medialen Begleitumstände einseitig waren.

Der Stimmzettel der Abstimmung von 1994 war hingegen in Ordnung, die Fragestellung sachbezogen und es gab keine Wahlbehinderungen. Die Außenfassade der Republik war sauber. Wie sah es im Inneren aus? Der **Kampf um die Seelen und Gehirne**, die öffentliche Bewußtseinsbildung, war **skandalös**, das heißt: ein ruhiges, ausgewogenes, sachbezogenes Für und Wider eines Beitrittes fand öffentlich fast nicht statt, war nachweisbar nicht möglich und wurde absichtlich verhindert. Es war eine völlig einseitige Veranstaltung, die an Diktaturen erinnerte: 99 Prozent der Geldmittel wurden von der **Pro-Seite**: der EU, der Bundesregierung, den Landesregierungen, dem Gewerkschaftsbund, der Handels-, Wirtschafts-, Bauern- und Arbeiterkammer eingesetzt. Die **Beitrittsgegner** wurden von Privatpersonen spärlich unterstützt und waren auf starken persönlichen Einsatz und Eigenmittel angewiesen.

**„Kein Europa-Geld!
DM und Schilling bleiben.“
Große Schlagzeile auf der Titelseite der meist gelesenen Tageszeitung Österreichs drei Tage vor der EU-Beitritts-Volksabstimmung. Und daneben: „Kanzler Kohl: Hartwährungskurs hat Vorrang.“**

Nur eines von tausenden ähnlichen Beispielen.

Diese riesigen Geldmittel, Steuergelder, sorgten dafür, daß ausnahmslos alle Printmedien und der ORF (Fernsehen und Hörfunk) auf den „richtigen Zug“ aufsprangen. Dieser setzte sich bereits ab 1992, vorerst unmerkbar für die Wähler, für diese Abstimmung in Bewegung. Wie ging das vor sich?

Die **Geldgeber** beauftragten bestimmte, überregionale Werbeagenturen mit der Ausarbeitung einer **Strategie der Bewußtseinskontrolle**, die Inhalte, Leitsätze und Richtung wurden von den Machern vorgegeben. Es lief so an, daß täglich in Leitmedien – als bezahlte, aber nicht gekennzeichnete PR – den Lesern über die riesigen Vorteile jener Staaten berichtet wurde, die sich damals in der EWG/EU befanden. Ein vorsätzlicher, glatter Betrug durch die Medien. Suggestiv und unterschwellig wurde der starke Wunsch geweckt, es ebenso gut „in einem vereinten Europa“ zu haben. Es wurde die Melodie einer „Friedens-Union“ angestimmt und die Beitrittsgegner in den Geruch gebracht, wieder Mauern, Stacheldraht und Grenzschikanen anzustreben. Wer ist nicht für den Frieden? Entgegen dem Neutralitätsgesetz wurden immer mehr „Argumente“ vorgebracht, daß die freiwillige und immerwährende Neutralität Österreichs einem EU-Beitritt nicht entgegenstehe, obskure „Experten“ fanden sich und die medial Prostituierten schrieben die entsprechenden Kommentare.

Medien werden „gekauft“

Man kann das gesamte Vorgehen der EU und der österreichischen Regierung unter Bundeskanzler Franz Vranitzky (Vizekanzler: Erhard Busek, ÖVP) als eine konzertierte Propaganda verstehen, die sich bis zum Wahltag immer mehr steigerte, bis hin zu den vielen berühmten-berühmten Schlagzeilen der „Kronen-Zeitung“ wenige Tage vor der Wahl. Das Volk hatte real keine Wahlmöglichkeit!

Das konzertierte Unternehmen war

eine medial erstklassig inszenierte **Gehirn- und Seelenwäsche**, ohne jedes Beispiel in Österreichs Geschichte. Jede zweite Seite der Prowerbung war, entgegen dem Pressegesetz, nicht als Werbung gekennzeichnet. Der unbefangene Leser, in der Meinung, hier redaktionelle Mitteilungen zu lesen, lief deshalb täglich in die Fallen der politischen Lüge, Irreführung und Suggestion/Desinformation. Die Anzeigenabteilungen, auch jene der allerkleinsten Provinz-Blättchen, jubelten über unglaubliche Umsatzrekorde – es lief in der Tat wie geschmiert.

Der Verfasser unterzog sich der Mühe, alle **Anzeigentarife** der relevanten österr. Printmedien damals durchzusehen und nachzurechnen. Es kam dabei unter dem Strich ein Betrag zu Tage, der dem abgebrühten Medienmensch selbst kaum glaublich war und deshalb mehrmals nachgerechnet wurde. Immer wieder wurden die **800 Millionen Schilling** (58 Mio. Euro) errechnet, die alleine die Printmedien kassierten, der ORF und viele kleinere, mit Werbeaufträgen befaßte Werbeagenturen sind hier nicht berücksichtigt.

Auf Massenveranstaltungen der Regierungsparteien und Verbände

„Offene Briefe“ an APA und ORF

Im Namen des überparteilichen Personenkomitees für das EU-Austritts-Volksbegehren hat Inge Rauscher als Bevollmächtigte sowohl an die Austria-Press-Agentur (APA) als auch an den ORF einen „offenen Brief“ gerichtet mit der Aufforderung zur Stellungnahme, welchen Grund diese „Nahtstellen“ der österreichischen Medienkommunikation insgesamt für die krasse Informationsunterdrückung beim EU-Austritts-Volksbegehren ins Treffen führen. Die entspr. Antworten von APA und ORF - sobald diese bei uns einlangen - können Interessenten der Webseite www.eu-austritts-volksbegehren.at entnehmen. Die APA ist im Besitz aller österreichischen Tageszeitungen (mit Ausnahme der „Kronen-Zeitung“ und „Heute“) und des ORF und hat die Aufgabe, diese mit den jeweils aktuellen Nachrichten zu beliefern.

Niemals aufgeben!



Keine Lage ist aussichtslos!

wurde das Volk in undurchdringliche Nebelschwaden der Propaganda eingesponnen. In tausenden EU-Werbeveranstaltungen wie z.B. den von ÖVP und SPÖ abgeführten dörflichen „Diskussionen“, in den als „Fragestunden“ getarnten und bezahlten EU-Werbesendungen des ORF etc., saßen vorne am Pult nur immer Jene, die einer Meinung waren und sich peinlichste Scheingefechte lieferten. Den Vogel schossen ohne Zweifel jene gewählten **Bauernfunktionäre** ab, die ihren Landwirten bei diesen Veranstaltungen die Mär verkündeten, daß Österreich „der Feinkostladen Europas“ werden wird und deshalb ungeahnte Höhenflüge zu erwarten seien. 20 Jahre später bezifferte die „Agrar-

strukturhebung 2013“ der Statistik Austria ein schier unglaubliches Bauernsterben: Täglich schließen sechs (!) Landwirtschaftsbetriebe ihre Tore für immer. Der kleinstrukturierte, österreichische Bauernstand wurde systematisch vernichtet.

1995 unterzeichnete Bundeskanzler F. Vranitzky „ohne Wenn und Aber“ den EU-Beitritt. Nach 20 Jahren muß man sagen: alle getätigten Versprechungen der EU-Befürworter erwiesen sich als haltlose Lügen. Sogar das Hauptargument der „Friedens-Union“ sieht im Augenblick so aus, daß die ÖVP in Brüssel für ein Aufgehen des Bundesheeres in eine weltweit aggressiv vorgehende „EU-Armee“ trommelt, EU und NATO zusammen gegen Rußland mobil machen, „Sanktionen“ verhängen, welche der österr. Arbeitnehmerschaft und Wirtschaft ungeheuer schaden, Tag und Nacht **Massen an Panzern und Kriegsmaterial aller Art durch das angeblich neutrale Österreich transportiert** werden und alle Medien, die uns damals in die EU hinein hetzten, jetzt zu all dem schweigen.

Österreich hat sich freiwillig entmannt, sich seiner Selbstbestimmtheit beraubt, wir sind, „Dank“ der Prostitution der Herausgeber der Massenmedien, zum Spielplatz der globalen Finanzmächte mutiert.

*Entnommen dem neuen INFO-DIREKT-Magazin vom 8.7.2015
(www.info-direkt.at)*

Ausschaltung der Auslands-Österreicher bei Volksbegehren

Das ist wohl eine der größten Ungerechtigkeiten im bestehenden Volksbegehrensgesetz! Die Auslandsösterreicher stellen mit rund 400.000 Wahlberechtigten rund 6% der Gesamtbevölkerung dar. Sie sind bei Partei-Wahlen alle wahlberechtigt und damit Teil des Nationalratswahlergebnisses, von Volksbegehren sind sie aber ausgeschlossen - „dank“ des Gesetzgebers, den politischen Parteien im Parlament!

Auslandsösterreicher sind ganz „normale“ österreichische Staatsbürger, die sich vorübergehend aus beruflichen oder familiären Gründen im Ausland befinden und damit auch keinen Wohnsitz im Inland haben. Wir erhielten zahlreiche, teils empörte Anrufe/emails etc., warum sie nicht für den EU-Austritt unterschreiben dürfen. Es handelt sich um eine massive Diskriminierung von Österreichern, daß ihnen dies nicht ermöglicht wird. Eine diesbezügliche Änderung des Volksbegehrensgesetzes ist mehr als überfällig!

Selbst österr. Soldaten des Bundesheeres, die im Auftrag der Republik während der Eintragungswoche im Kosovo stationiert waren, konnten das Volksbegehren nicht unterschreiben, obwohl sie dies wollten!

Un-Demokratiepaket der Regierung abgeblasen: Volksbegehrensgesetz bleibt in Kraft!

Kürzliche Aussagen von Bundespräsident Fischer haben sicher beabsichtigte Verwirrung in ganz Österreich ausgelöst. Es wurde der Eindruck erweckt, daß in Hinkunft erfolgreiche Volksbegehren nicht mehr zu einer Volksbefragung oder Volksabstimmung führen können. Das Gegenteil ist wahr! Parlamentarisch „begraben“ wurde nur eine völlig fälschlich „Demokratiepaket“ genannte, massive **Themeneinschränkung** für Volksbegehren, die der derzeit noch immer **freien** Themenwahl für Volksbegehren den Todesstoß versetzt hätte und darüber können alle wirklichen Demokraten nur froh sein!

Mit diesem nunmehr Gott sei Dank „begrabenen“ Un-Demokratiepaket hätten zwar ab einer absurd hohen Unterschriftenhürde über vom Parlament **abgelehnte, „erfolgreiche“** Volksbegehrensinhalte zwingende, unverbindliche Volksbefragungen (keine verbindlichen Volksabstimmungen) herbeigeführt werden können, was aber für alle wichtigen Inhalte **nicht** gegolten hätte, nämlich für geltendes EU-Recht (über 80% des gesamten, für uns geltenden Rechts), für das gesamte Völkerrecht (bei dem also die Völker dann nicht mehr mitreden hätten dürfen), und für alle Fragen, die Grund- und Freiheitsrechte betreffen (auch dabei hätten die davon Betroffenen also nicht mehr mitreden dürfen). Darüber hat der Bundespräsident und die ihm willfährigen ORF-Interviewer „natürlich“ (?) nicht informiert....

Es gilt also nach wie vor das bestehende Volksbegehrensgesetz **ohne** Themeneinschränkungen. Und daher kann auch nach wie vor über jedes Thema, das durch viele Volksbegehrens-Unterschreiber unterstützt wird, vom Parlament jederzeit eine **verbindliche Volksabstimmung** herbeigeführt werden. Niemand kann die Nationalratsabgeordneten aller Parteien daran hindern. Und den eindeutigen direktdemokratischen Auftrag dafür haben mehr als eine Viertelmillion Österreicher **allen Parteien** erteilt. Danke allen, die den Mut dazu hatten!

Kaum Unterstützung von EU-Austritts-Parteien

Beide - sowohl die NFÖ mit Obmann Dipl.Ing.Pomaroli als auch die „EU-Aus-Partei“ mit Obmann Mag. Marschall - haben die Arbeit am Volksbegehren kaum bis gar nicht gefördert. Während der fünfjährigen Vorarbeiten bis zur Genehmigung des Volksbegehrens durch das Innenministerium hat die NFÖ - obwohl von Anfang an über das Volksbegehren informiert - dieses völlig totgeschwiegen. Erst als wir die Genehmigung geschafft hatten, wurde es auf ihrer Internetseite und in ihrer Zeitung „beworben“ mit dem Zusatz, daß Volksbegehren nur wenig Sinn hätten, nur Parteikandidaturen bei Wahlen hätten Sinn. In ein ähnliches Horn stieß die „EU-Aus-Partei“. Die NFÖ wurde drei Jahre nach dem ersten, von uns organisierten Volksbegehren „Für die Neuaustragung der EU-Volksabstimmung“ vom Dezember 2000 (194.000 Unterschriften) gegründet, die „EU-Aus-Partei“ eineinhalb Jahre nach dem Beginn unserer Einleitungsarbeit (März 2010) für das jetzige Volksbegehren.

An der umfangreichen Verbreitungsarbeit für das Volksbegehren, an der sich in der „heißen Phase“ tausende Freiwillige z.T. intensiv und auf eigene Kosten beteiligten, hatten diese Parteien - von wenigen, einzelnen Mitarbeitern abgesehen - nur einen geringen Anteil. Die meisten Funktionäre beteiligten sich daran gar nicht. Die Abwertung vorhandener **direktdemokratischer** Instrumente wie eben Volksbegehren - solange wir noch keine besseren haben, was nur außerhalb der EU möglich wäre - ist unserer Meinung nach kein guter Weg.

Wir werden jedenfalls das Ziel der Erreichung einer für die Regierung verbindlichen **Volksabstimmung** über den Austritt aus der EU weiterverfolgen. Das wird nur auf Wegen gelingen, die **alle** „Lager“ mittragen können, sodaß dafür eines Tages eine Mehrheit im Parlament zustandekommt.

„Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“
Victor Hugo